

Die christlich-liberale Koalition im Jahr 2011 – Bundespolitischer Rückenwind für wichtige Entscheidungen in Ländern und Kommunen

I. Christlich-liberale Koalition – Verantwortung für Bund und Länder

Nach einem Jahr eines beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwungs und einem Herbst wichtiger politischer Entscheidungen kann die christlich-liberale Koalition im Bund mit einer überzeugenden Zwischenbilanz aufwarten. Von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitieren auch Länder und Kommunen. Ihre Anliegen fanden bei vielen politischen Entscheidungen auf Bundesebene eine besondere Berücksichtigung, so bspw. in den Bereichen Bildung und Soziales. Im Rahmen des Hochschulpaktes übernimmt der Bund in erheblichem Umfang zusätzliche Kosten für den Ausbau der Hochschulkapazitäten, im Interesse einer raschen Einführung des nationalen Stipendienprogramms (Deutschland-Stipendium) hat sich der Bund zudem bereit erklärt, die hierfür erforderlichen Kosten alleine zu übernehmen, also auch den hälftigen Anteil der Länder. Die Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung (Job-Center-Reform) erfolgte mit einem breiten politischen Konsens, der von Bund und Ländern getragen wird. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe begegnen sich jetzt Bund, Länder und Kommunen als verantwortungsvolle Partner auf Augenhöhe.

Bei einer Reihe von Themen und Aufgaben ist auch in den nächsten Jahren eine enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern erforderlich. So muss die Finanzierung der Kommunen auf eine tragfähigere Basis gestellt werden. In der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen müssen hierfür in Zusammenarbeit mit Länder und Kommunen geeignete Vorschläge erarbeitet werden. Um die vereinbarten Ziele im Rahmen des Hochschulpaktes von Bund und Ländern in den nächsten Jahren zu erreichen, hat die christlich-liberale Koalition den Ländern umfangreiche Hilfen in den nächsten Jahren zugesagt. Um bis zum Jahre 2020 die Zahl der Studienangebote um insgesamt 270.000 Plätze aufzustocken und zur Verbesserung von Studienbedingungen und Lehrqualität hat der Bund bis dahin insgesamt ca. 5,8 Mrd. € den Ländern zugesagt. Parallel zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes werden wir zudem die Bundesländer beim Ausbau der heute schon bestehenden Jugendfreiwilligendienste nachdrücklich unterstützen und die Bundesförderung deutlich ausbauen.

II. Christlich-liberale Koalition seit 2009 - Deutschland kommt voran

Seit dem Start der christlich-liberalen Koalition hat unser Land einen großen Schritt aus der Krise gemacht. Deutschland war die Wachstumslokomotive in der Europäischen Union mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 3,6 % des BIP im zurückliegenden Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen ist im zurückliegenden Jahr deutlich zurückgegangen auf unter drei Millionen jahresdurchschnittlich (Stat. Bundesamt v. 03.01.11: 2,93 Mio.). Gerade in den unionsgeführten Ländern wie Baden-Württemberg, Hamburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Bayern ist ein weit überdurchschnittlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte bundesweit im

Jahr 2010 einen neuen Höchststand mit rd. 40,37 Mio. Zum Jahreswechsel 2010/11 festigt sich die Zuversicht, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzen wird, viele Branchen und Unternehmen haben bereits den Aufbau von zusätzlicher Beschäftigung in Aussicht gestellt. Mit gutem Grund, denn Deutschland gilt wieder als wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft in Europa. Hervorzuheben ist zudem, dass die wirtschaftliche Expansion zunehmend von der inländischen Nachfrage getragen wird, insbesondere der private Verbrauch wird auch im neuen Jahr von kräftigen Zuwächsen der verfügbaren realen Einkommen der privaten Haushalte profitieren. Bereits im zurückliegenden Jahr sind die Einkommen um fast 3% gestiegen. Der Aufschwung kommt bei den Bürgern mehr und mehr an.

Die Lage der öffentlichen Haushalte, bei den Gebietskörperschaften und in den Sozialversicherungen, stabilisiert sich zusehends, die Konsolidierungspolitik wird konsequent fortgesetzt.

Die christlich-liberale Koalition hat diese positiven Entwicklungen durch wichtige politische Entscheidungen unterstützt und durch entschiedene Weichenstellungen und Reformen auf eine breite und gefestigtere Grundlage gestellt.

Entschlossen gegen die Krise, Stärkung der Wachstumskräfte

Unmittelbar nach der Regierungsübernahme hat unsere Koalition im Interesse der Stärkung der Wachstumskräfte Bürger und Wirtschaft um weitere 8,5 Mrd. € jährlich entlastet, zusammen mit den bereits zuvor beschlossenen Maßnahmen sind damit zum Jahreswechsel 2009/10 **Entlastungen** in einem Umfang von 22,5 Mrd. € in Kraft getreten. Von diesen Entlastungsmaßnahmen profitieren besonders Familien mit Kindern durch die Erhöhung des Kindergeldes um monatlich 20 € und des Kinderfreibetrages von 6024 auf 7008 € (Gesamtumfang der Entlastung: 4,6 Mrd. €). Zu diesen Maßnahmen zählen aber auch Erleichterungen und Entbürokratisierungen im unternehmensteuerlichen Bereich und bei der Erbschaftsteuer.

Unter der christlich-liberalen Koalition wurde der **Bürokratieabbau** entschieden vorangetrieben, bis Ende 2010 wurden die Belastungen mit Bürokratie entsprechend dem vereinbarten 25%-Ziel bereits um 22% abgebaut, weitere Maßnahmen zur Sicherstellung des Ziels, etwa im Bereich des Vergaberechts, wurden Ende Dezember verabschiedet.

Noch im Dezember 2010 hat die Koalition zudem ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur **Steuervereinfachung** beschlossen. So wird bspw. durch die vorgesehene Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages auf 1.000 € die private Einkommensteuererklärung erleichtert, das lästige Belegesammeln wird in einem größeren Umfang entbehrlich. Mit diesen Maßnahmen sind zudem Entlastungen in einem Umfang von knapp 600 Mio. € verbunden. Für die Unternehmen sind mit diesen Maßnahmen Entlastungen von Steuerbürokratie verbunden in einem Umfang von 4 Mrd. €.

Der Gefahr einer möglichen Destabilisierung der Finanzmärkte in Europa ist die christlich-liberale Koalition im Frühjahr 2010 entschieden entgegengetreten. Deutschland beteiligte sich in einem ersten Schritt einem gemeinsamen Beschluss im EU-Rat zufolge mit Bürgschaften von bis zu 22,4 Mrd. € an Kredithilfen für Griechenland, die mit strengen Auflagen verbunden sind. In einem zweiten Schritt wurde zwischen den Mitgliedstaaten ein „**Euroschutzschirm**“ vereinbart mit einem Garantievolumen von insgesamt 750 Mrd. €, davon 440 Mrd. € durch die EU-Mitgliedstaaten. In Zusammenhang mit der Einrichtung dieser Hilfen haben wir klargestellt, dass die Unabhängigkeit der Europäischen Zent-

ralbank gewahrt wird, die nationale Verantwortung der Mitgliedstaaten für ihre Verschuldung bestehen bleibt und Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit durchgesetzt werden müssen.

Mit einer Reihe von Initiativen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene treibt die Koalition die Anstrengungen für eine wirksamere **Regulierung der Finanzmärkte** voran. Dazu gehören auf nationaler Ebene die Einschränkung des Geschäfts mit Finanzderivaten durch das Verbot ungedeckter Leerverkäufe, auf europäischer Ebene die Umsetzung der EU-Ratingverordnung im Interesse einer besseren Beaufsichtigung der Ratingagenturen und auf internationaler Ebene die Vereinbarungen Basel-III mit dem Ziel einer Verschärfung der Eigenkapital- und Liquiditätsstandards bei Banken.

Sicherung der Zukunft bei Energie, Umwelt und Infrastruktur

Mit dem **Energiekonzept 2050** hat die Koalition im Herbst die Weichen gestellt für eine sichere, wirtschaftliche und umweltgerechte Energieversorgung in der Zukunft. Auf der Grundlage eines technologieoffenen und marktorientierten Energieprogramms streben wir an, den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch schrittweise auszubauen, am Stromverbrauch auf 80% bis zum Jahre 2050, die Energieeffizienz stetig zu verbessern und im Gegenzug den Primärenergieverbrauch und den Ausstoß an Treibhausgasemissionen um 80% zu senken bis 2050. Zentrale politische Weichenstellungen und Handlungsfelder sind Fortschritte in der energetischen Gebäudesanierung, die Bereitstellung eines modernen und leistungsfähigen Stromnetzes für den Transport erneuerbarer Energien von Nord nach Süd sowie die Sicherung der Kernkraft als Brückentechnologie durch die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre. Die christlich-liberale Koalition hat bei der Konzeption ihres Energieprogramms auch die besonderen Anliegen von Städten und Gemeinden im Blick. Zur Modernisierung ihres Kraftwerkparks wird für die kommunalen Energieversorger ein Förderprogramm zum Bau von hocheffizienten Kraftwerken aufgelegt, zur Stärkung ihrer Wettbewerbsposition und zur Intensivierung des Wettbewerbs wird eine Markttransparenzstelle eingerichtet.

Investitionen in Verkehr und Städtebau haben für unsere Koalition trotz aller Konsolidierungserfordernisse eine hohe Priorität. Die Ausgaben für Investitionen in Verkehrsinfrastruktur wurden auf dem Rekordniveau von 2009 mit 12 Mrd. € gehalten, Städte und Gemeinden erhalten finanzielle Unterstützung für Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität etc. durch das gemeinsam finanzierte Städtebauförderprogramm.

Im Interesse einer **Stärkung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft** hat die christlich-liberale Koalition ein Sonderprogramm zur Bewältigung der Marktkrise in Höhe von 750 Mio. € aufgelegt, darunter die Aufstockung des Zuschusses für die landwirtschaftliche Unfallversicherung 2010 und 2011. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ fördert die christlich-liberale Koalition die Breitbandanbindung in ländlichen Räumen.

Der zwischen Bund und Ländern vereinbarte Aktionsplan für mehr Verbrauchersicherheit war ein wichtiger Schritt, um das im Zuge der Dioxin-Krise verloren gegangene Vertrauen der Verbraucher und der internationalen Handelspartner in die hohe Qualität der deutschen Lebensmittel zurückzugewinnen.

Soziale Sicherheit, Familien und Kinder

Die christlich-liberale Koalition hat im Herbst des vergangenen Jahres die **Grundsicherung im Sozialgesetzbuch** durch eine Neuberechnung der Regelsätze und durch die Modifikation der Hinzuverdienstregelungen im Interesse der Stärkung der Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung auf eine neue und solidere Grundlage gestellt. Auf der Basis eines realitätsgerecht ermittelten, existenzsichernden Bedarfs werden diese Regelsätze jährlich angepasst. Kinder und Jugendliche im Bereich der Grundsicherung werden zudem mit Sachleistungen zur Verbesserung ihrer Bildungschancen (Bildungspaket) in einem Umfang von 700 Mio. € unterstützt. Dazu zählen ein Zuschuss zum Mittagessen in der Schule, die Erstattung von Kosten für Schulausflüge oder Lernförderung. In dieses Bildungspaket haben wir durch eine Ausweitung des Kinderzuschlages auch die Kinder von Geringverdienern einbezogen. Die SPD ist jetzt aufgefordert, im Interesse der betroffenen Menschen eine rasche Umsetzung im Bundesrat zu ermöglichen. Zuvor schon hatte die Koalition durch die Anhebung des sogenannten Schonvermögens beim Arbeitslosengeld-II von 250 € auf 750 € dafür gesorgt, dass die Bezieher von Arbeitslosengeld-II zukünftig mehr von ihren angesparten Altersvorsorgebeträgen behalten können.

Zur Stärkung der Familie gehört es auch, die **Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie** zu ermöglichen. Aus diesem Grund wird der Bund bis zum Jahr 2013 4 Mrd. € allein für den Ausbau der Kindertagesbetreuung bereitstellen. Zu dieser Zusage stehen wir – trotz oder vielmehr gerade wegen der erforderlichen Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Denn wir wollen für, nicht aber an der Zukunft unserer Kinder sparen.

Die Perspektive steigender Ausgaben für Gesundheit hat die christlich-liberale Koalition mit einer Reform des **Gesundheitswesens** zur Begrenzung der Ausgaben, zur Stärkung der finanziellen Grundlagen und zur Schaffung eines tragfähigen und gerechten sozialen Ausgleichs beantwortet. Mit dieser Reform stärken wir den Wettbewerb durch kassenindividuelle Zusatzbeiträge und schützen Geringverdiener zugleich vor übermäßigen Belastungen durch einen unbürokratischen und gerechten Sozialausgleich. Die Herausforderung, vor die der demographische Wandel unser Gesundheitssystem stellt, können wir nur mit einer gemeinschaftlichen Anstrengung meistern. Deshalb haben wir im Rahmen der Gesundheitsreform von allen Seiten einen fairen Beitrag zur finanziellen Stärkung des Gesundheitssystems eingefordert: nicht nur von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern auch von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern, den Krankenhäusern und Krankenkassen sowie den Pharmaherstellern.

Die Aussetzung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes bietet die große Chance, für Menschen zusätzliche Angebote zu schaffen, die unser Gemeinwesen mitgestalten und sich bürgerschaftlich engagieren wollen. Parallel zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes werden wir deshalb die Bundesländer beim Ausbau der heute schon bestehenden **Jugendfreiwilligendienste** nachdrücklich unterstützen und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) stärker fördern. Die vom Bund gezahlte Förderpauschale pro Teilnehmermonat werden wir massiv erhöhen und auf alle besetzten FSJ/FÖJ-Plätze ausdehnen. Damit entfällt künftig auch die Kontingenzierung der geförderten Plätze.

Bildungsrepublik Deutschland

Wir machen Deutschland zur Bildungsrepublik. Insgesamt wollen wir in dieser Legislaturperiode die Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung um 12 Mrd. € steigern. Trotz großer Sparanstrengungen in allen Bereichen haben wir deshalb mit dem Bundeshaushalt 2011 die entsprechenden Ausgaben abermals erhöht – insgesamt um rund 2,3 Mrd. €.

Diese Steigerung der Investitionen kommt nicht zuletzt den Hochschulen zugute. Angesichts doppelter Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht finanziert die christlich-liberale Koalition gemeinsam mit den Ländern von 2011 an bis 2015 zusätzlich **275.000 Studienplätze**. Mit dem im vergangenen Jahr geschlossenen „**Qualitätspakt Lehre**“ investieren wir zudem bis 2020 zusätzlich rund zwei Mrd. € in bessere Studienbedingungen.

Darüber hinaus haben wir im vergangenen Jahr auch die Studienförderung erweitert. Mit einer abermaligen **Erhöhung des BAföG** und dem **Stipendengesetz** sorgt die christlich-liberale Koalition dafür, dass niemandem aus finanziellen Gründen die Aufnahme eines Studiums verwehrt ist und gute Leistungen im Studium belohnt werden. Nachdem die rot-grüne Koalition in ihrer gesamten Regierungszeit das BAföG nur einmal und nur geringfügig erhöht hatte, hat die Union in der letzten Wahlperiode eine Erhöhung um rund 10% durchgesetzt. An diese Politik knüpft die christlich-liberale Koalition an: Rückwirkend zum 1. Oktober 2010 haben wir das BAföG abermals angehoben – durchschnittlich um 13 € im Monat. Der Höchstbetrag ist damit von 646 auf 670 € gestiegen.

Auf der Grundlage des im vergangenen Jahres verabschiedeten Stipendengesetzes können zudem schon 2011 bis zu 10.000 begabte und leistungsstarke Studierende ein einkommensunabhängiges Stipendium von monatlich 300 Euro erhalten. Es wird je zur Hälfte vom Bund und von privaten Mittelgebern finanziert. Mittelfristig wollen wir 8% aller Studierenden auf diese Weise fördern.

Ein besonderes Augenmerk richten wir auf Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern. Die christlich-liberale Koalition findet sich nicht mit der Tatsache ab, dass Bildungschancen in unserem Land noch immer in hohem Maße vom sozialen Umfeld bestimmt werden. Wir wollen stattdessen alles daran setzen, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen. Das wird nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn wir bereits im Vorschulalter bestehende Defizite erkennen und durch individuelle Förderung reduzieren oder gar beseitigen. Denn die Förderung in den ersten Lebensjahren ist grundlegend und entscheidend für alle weiteren Bildungserfolge. Aus diesem Grund haben wir im vergangenen Jahr die **Offensive „Frühe Chancen“** ins Leben gerufen, in deren Rahmen ab 2011 bis 2014 zusätzlich rund 400 Mio. € in die Qualität der frühkindlichen Bildung investiert werden sollen, insbesondere um die Sprach- und Integrationsförderung durch zusätzliches Personal zu verbessern.

Schwächere Schüler unterstützen wir zudem gezielt mit der **Initiative „Bildungsketten bis zum Abschluss“**, in deren Rahmen wir junge Menschen über die gesamte Bildungskette mit 362 Mio. € bis zum Jahr 2014 fördern wollen. Die Initiative hat das Ziel, Schulabbrüche deutlich zu verringern und die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und später ins Berufsleben zu verbessern. Sie wird bundesweit an 1000 Hauptschulen durchgeführt. Die wichtigsten Maßnahmen sind dabei Potenzialanalysen von allen Schülern ab der 7. Klasse, der mehrjährige Einsatz von Bildungslotsen bei abschlussgefährdeten Schülern, die individuelle Förderpläne erhalten, und eine frühzeitige, praxisorientierte Berufsorientierung während der Schulzeit.

III. Für ein faires Miteinander von Bund und Ländern

Die christlich-liberale Koalition in der bundespolitischen Verantwortung ist die beste Garantie für ein faires Miteinander zwischen Bund und Ländern, für die Wahrung der Interessen der Länder bei bundespolitischen Entscheidungen und für die Schaffung exzellenter Rahmenbedingungen, unter denen die Bundesländer ihre Entwicklungschancen finden und wahrnehmen können. Die Voraussetzungen für ein gedeihliches Miteinander von Bund und Länder können jetzt gesichert und weiter verbessert werden durch die richtigen politischen Weichenstellungen in Ländern und Kommunen.